84. Jahrgang. № 314. Montag, 16. August 1920.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei täglich zweimal. Zutragung monatl. 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., durch d. Post bei tägl. zweimal. Versand monatl. 6 M., vierteljährl. 18 M.

Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- und Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19 395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Beginn der Schlacht um Warschau.

Die Entscheidung in vier Tagen?

Paris, 15. Aug. Der Sonderberichterstatter des „Matin" meldet aus Warschau vom Sonnabend abend, die große Schlacht um Warschau habe begonnen. Die erste Phase sei wegen des Versagens eines polnischen Regiments nicht gut gewesen. Eine wichtige Position bei Radzimin habe aufgegeben werden müssen, aber im Verlaufe des Tages habe das Gleichgewicht wieder hergestellt werden können. Die Stellung sei mit großen Verlusten für die Rote Armee wiedergewonnen worden und die polnischen Truppen hätten einen für die gesamte Verteidigungslinie wichtigen Erfolg erzielt. Das Schicksal der Schlacht werde in etwa vier Tagen entschieden sein. (W. T. B.)

London, 14. Aug. In Londoner politischen Kreisen wird mit Sicherheit angenommen, daß der Sturm auf Warschau unmittelbar bevorstehe. Der Fall Warschaus würde eine ernste Wendung in der polnisch-russischen Frage bedeuten. Angesichts der Tatsachen, daß die Bolschewisten in den besetzten polnischen Gebieten überall Sowjets einsetzen, schenkt man in London den russischen Versprechungen über Wahrung der polnischen Unabhängigkeit keinen Glauben mehr.

Die ausländischen Vertreter verlassen Warschau.

Berlin, 15. Aug. Der deutsche Gesandte in Warschau, Graf Oberndorff, ist gestern mit den Chefs der anderen fremden Missionen aus Warschau in Begleitung eines Vertreters des polnischen Ministeriums des Aeußeren in Posen eingetroffen. Wie W. T. B. erfährt, hat auch Lord d'Abernon Warschau verlassen.

Die Russen in Soldau.

Königsberg i. Pr., 14. Aug. Ueber die Lage auf dem russisch-polnischen Kriegsschauplatz wird gemeldet: Die bolschewistischen Truppen sind in Soldau eingerückt. Die Polen gehen nach dem Verlust von Soldau auf Löbau zurück, da die Bahnstrecke Soldau—Lautenburg—Strasburg bereits in den Händen der Russen ist. Russische Kavallerie ist im Vormarsch auf Wloclawec und hat die Gegend Sierpe erreicht. Im Angriff auf Modlin waren heftige Kämpfe in der Gegend Plock und Nasielsk, südwestlich von Brest-Litowsk. Die polnischen Kräfte wurden hinter den Wieprz-Abschnitt zurückgenommen.

Das Verhalten der russischen Truppen.

Ueber das Verhalten der russischen Truppen im besetzten Soldau wird gemeldet:

In Soldau bezahlen Offiziere und Soldaten jede Flasche Selterwasser und jedes Stückchen Brot, das sie verlangen. Schon am Mittag klebte folgender Stabsbefehl an allen Mauern der Stadt:

„Befehl des Kommandanten von Soldau.

Soldau, den 14. August 1920.

Jeder Verkehr der Zivilbevölkerung ist bis abends 10 Uhr frei. Nach 10 Uhr wird jeder, der keinen Ausweis besitzt, festgenommen und der Kommandantur überwiesen. Jede Vergewaltigung, Raub und Plünderung wird mit dem Tode bestraft und der Schuldige auf der Stelle erschossen. Die Soldaten, welche sich in Einquartierung befinden, werden für jede grobe Tat auf schriftliche Meldung bestraft.

Alle Gewehre und Waffen jeder Art und Munition sind sofort bei mir abzuliefern. Die Nichtbefolgung wird streng bestraft laut Gesetz der Republik.

Der Kommandant: Ponomerow."

Die Offiziere sind von größter Höflichkeit. Jede Frage wird beantwortet, jede Auskunft bereitwillig gegeben.

Was hat Frankreich vor?

Von absolut zuverlässiger Seite wird mitgeteilt: Seit Mittwoch sendet Frankreich trotz aller offiziösen Dementis große Truppenmassen in das besetzte Rheingebiet und nach Elsaß-Lothringen. Da die Kasernen, in welche die Truppen gelegt werden sollten, schon zum großen Teil überfüllt waren und der militärische Nachrichtendienst schlecht funktionierte, bleiben die Transportzüge oft tagelang unterwegs auf den Strecken liegen, so daß man im Pariser Kriegsministerium über den derzeitigen Aufenthaltsort mancher Truppenteile überhaupt nicht Bescheid weiß. Die Materialtransporte leiden ferner stark unter dem Eisenbahnerstreik im Saargebiet und sind zum Teil fast lahmgelegt, so daß der Wirrwarr schier unabsehbar ist. Als alle Truppenstandorte vom Kriegsministerium in Paris den Befehl erhielten, telegraphisch die anwesenden Truppenkontingents zu melden, stellte sich heraus, daß Truppenteile, die man in Colmar und Mülhausen vermutete, sich in Mainz und am Rhein befanden. In den Festungen an der Nordgrenze sind Zehntausende von Reservisten eingezogen worden, mit der Bestimmung, die Besatzungstruppen abzulösen, falls diese „für eine Aktion gebraucht würden".

Frankreich lenkt ein.

Paris, 15. Aug. Der „Temps" schreibt offenbar beeinflußt: Die französische Regierung habe die polnische Regierung nicht aufgefordert, die Friedensbedingungen der Bolschewisten zurückzuweisen. Sie habe sich lediglich darauf beschränkt, den sehr natürlichen Wunsch auszusprechen, daß die Friedensbedingungen, wie man annehmen sollte, die politische Unabhängigkeit Polens und seine ethnographische Integrität nicht berühren sollte. (W. T. B.)

Das Ende der Entente?

Paris, 15. Aug. Dem „Echo de Paris" wird aus Washington gemeldet: Angesichts der antibolschewistischen Politik Frankreichs und der amerikanischen Note sei in diplomatischen Kreisen in Washington die Meinung verbreitet, daß das Ende des Völkerbundes und eine Umgestaltung der Entente bevorstehe. Der Völkerbund wie die Entente könnten die politischen Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich nicht überleben. Die Absicht Englands, die Sowjet-Regierung anzuerkennen, bevor ein dauerhafter Frieden in Osteuropa hergestellt sei, könnten Amerika und Frankreich auf die eine Seite und England auf die andere Seite führen.

Wird Ungarn helfen?

Warschau, 14. Aug. (Havas.) Eine Delegation des ungarischen Parlaments stattete dem Vizepräsidenten des Kabinetts einen Besuch ab und erneuerte dabei das Anerbieten, Polen eine Armee von 50 000 Mann nebst Waffen und Munition zur Verfügung zu stellen.

Im Widerspruch dazu steht folgende Meldung:

Wien, 15. Aug. Die „N. Fr. Pr." veröffentlicht eine Unterredung mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Teleki, der erklärte, Ungarn bringe Polen traditionelle Sympathie entgegen; von einer tatsächlichen Hilfeleistung an Polen sei jedoch niemals die Rede gewesen; denn Ungarn benötige den Frieden.

Deutsche Vorstellungen wegen des Saarlandes.

Berlin, 14. Aug. Wie W. T. B. hört, hat die deutsche Regierung die Geschäftsträger in London, Paris und Rom und den Botschafter beim Vatikan beauftragt, die Aufmerksamkeit der dortigen Regierungen auf die Vorgänge im Saargebiete zu lenken und sie auf den Ernst der durch die französischen Uebergriffe hervorgerufenen Lage und die unabsehbaren Folgen der von der Saar-Regierung getroffenen Maßnahmen hinzuweisen.

Der deutsche Geschäftsträger überreichte in Rom eine Denkschrift der deutschen Regierung über den Generalstreik im Saarbecken. Der tiefste Grund sei dafür die Französierungspolitik des Verwaltungsausschusses. Eine solche finde ihren Ausdruck in der Behandlung der Beamtenfrage, in der Belassung der französischen Truppen entgegen den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, im Fortbestand der Kriegsgerichte und darin, daß die wichtigsten Aemter den Franzosen anvertraut seien. Zum Gerichtspräsidenten sei der erbitterte Deutschenfeind Rippold ernannt worden. Die Außenvertretung sei Frankreich überlassen. Die Parlamentswahlen würden verzögert.

Zusammentritt des Auswärtigen-Ausschusses?

Die Abgeordneten Müller, Scheidemann und Wels haben als Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion angesichts der politischen Lage die schleunige Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten verlangt.

Standrecht in Troppau.

Prag, 14. Aug. Nach einer Meldung des tschecho-slowakischen Pressebureaus aus Troppau vom 13. d. M. wurde dort gegen eine Kundgebung von der Ententekommission Gendarmerie und Militär aufgeboten. Als die Zurückziehung der Truppen verweigert wurde, ging die Menge gegen sie vor. Hierbei wurden ein Gendarmerie-Oberleutnant erschossen und durch Schüsse der Gendarmerie eine Person getötet, sowie sieben oder acht zum Teil schwer verwundet. Es wurde das Standrecht verhängt. (wtb.)

Finnisch-russischer Waffenstillstand.

Helsingfors, 14. Aug. Nach Meldungen aus Dorpat ist der finnisch-russische Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet worden.

Französische Transportzüge angehalten.

Ratibor, 14. August. Die Arbeiterschaft der Ratiborer Hauptwerkstätte hielt heute früh einen Transport französischer Truppen an und setzte, wie der „Oberschlesische Anzeiger" berichtet, durch, daß der Zug auf ein totes Gleis gesetzt wurde, wo er unter Bewachung der Arbeiterschaft steht. Nach einer Meldung des gleichen Blattes wurden auch auf den Stationen Nensa, Tworkau und Annaberg Transportzüge angehalten. Die Arbeiterschaft verlangt, daß während des russisch-polnischen Krieges jegliche Truppenbewegung im besetzten Oberschlesien seitens der Alliierten unterbleibt.

Schneidemühl, 15. Aug. Gestern abend wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein für die alliierten Truppen im Abstimmungsgebiet bestimmter Nachschubzug vom Betriebsrat der Eisenbahner angehalten, da vermutet wurde, daß Munition und Lebensmittel für Polen sich darin befinden. Heute vormittag ist der Zug weitergefahren, nachdem die Untersuchung ergeben hatte, daß sich keine nicht deklarierten Gegenstände in ihm befanden. (W. T. B.)

Zum Falle des Leutnants Eger.

W. S. L. teilt folgendes mit: Nach Mitteilung des „Vorwärts" ist das Wehrkreiskommando 4 vom Oberpräsidenten Hörsing ersucht worden, im Geschäftszimmer des angeblichen Leutnants Eger, der in Magdeburg an geheimen Machenschaften der Orgesch teilgenommen haben soll, eine Haussuchung vorzunehmen. Das Wehrkreiskommando habe aber nichts von sich hören lassen, und dem zur Unterstützung bei der Haussuchung vom Oberpräsidium entsandten Beauftragten hätten Offiziere erklärt, vom Wehrkreiskommando Weisung zu haben, den Zivilbehörden nicht Folge zu leisten.

Hierzu teilt das Wehrkreiskommando 4 folgendes mit: Es ist richtig, daß Oberpräsident Hörsing das Wehrkreiskommando ersucht hat, auch von militärischer Seite eine Durchsuchung des Geschäftszimmers Egers vorzunehmen. Diesem Ersuchen ist durch telegraphische Weisung des Wehrkreiskommandos an die zuständige Reichswehrbrigade 16 sofort entsprochen worden. Die Untersuchung wurde auch unverzüglich eingeleitet. Ihr Ergebnis steht noch aus. Das weitere unmittelbar an das Garnisonkommando Halle gerichtete Ersuchen des Oberpräsidenten, an der militärischen Untersuchung eine Zivilkommission teilnehmen zu lassen, hat die Reichswehrbrigade 16 nach juristischer Prüfung als ungesetzlich abgelehnt.

Deutscher Protest gegen den neuen Landraub im Osten.

Berlin, 15. Aug. Die deutsche Regierung hat ihre Vertreter in Paris, London und Rom angewiesen, eine Protestnote gegen die Entscheidung über das Abstimmungsgebiet dem Obersten Rat und den dortigen Regierungen zu übergeben. In dieser Protestnote heißt es: Der Oberste Rat in Paris hat Ost- und Westpreußen von der Weichsel völlig abgeschnitten. Das gesamte Ufer fällt an die Polen. Der beste Hafen des Marienwerder Gebietes, der Hafen von Kurzebrack, wird mit allen seinen Anlagen Polen zugeschlagen, ebenso die Eisenbahnbrücken der Bahn Marienwerder—Münsterwalde mit ihren Brückenköpfen, sowie das Deichgebiet.

Der Friedensvertrag sieht für Polen lediglich das Stromaufsichtsrecht vor, das in

keiner Weise die Begründung zu territorialen Gebietsansprüchen geben

kann. Es wäre ein Widersinn, die Bevölkerung eines Landstreifens zur Abstimmung über ihr künftiges Schicksal aufzufordern, wenn von vornherein feststehen soll, daß ihr Schicksal ohne Rücksicht auf die Abstimmung negativ entschieden werden muß. Die von der Entente an Polen zuerkannte Staatshoheit über die rechte Stromhälfte und den östlichen Uferrand muß auch zu dauernden Streitigkeiten führen, da Polen jeglichen Zutritt zum Strom und jedwede Benutzung des Stromes als Inhaber der Staatshoheit verwehren kann und hiergegen nach den bei dem Verkehr durch den polnischen Korridor gemachten Erfahrungen auch durch vertragliche Abmachungen ausreichende Garantien nicht gegeben werden können. Der ungehinderte Besitz der Häfen und Anlagen auf dem rechten Weichselufer, insbesondere des Hafens von Kurzebrack, ist für ganz Ostpreußen eine Lebensfrage, während er für die polnische Schiffahrt nur geringe Bedeutung haben kann. Durch die vom Obersten Rat gefällte Entscheidung wird auch der

Schutz gegen Hochwasser illusorisch

gemacht, indem der Deichgenossenschaft der Marienwerder Niederung die Möglichkeit genommen wird, den Deich ordnungsgemäß zu unterhalten. Von den den Polen zugewiesenen fünf Ortschaften, die sämtlich nur über ganz geringe Einwohnerzahlen verfügen, haben bei der Abstimmung nur zwei mit einigen 20 Einwohnern polnische Majoritäten ergeben, aber selbst die Dörfer, die polnisch gestimmt haben, wollen jetzt, nachdem die übrigen Gegenden sich gegen Polen erklärt haben, bei Deutschland verbleiben.

Die deutsche Regierung erhebt hiermit feierlichst Einspruch gegen die Entscheidung des Obersten Rates. Sie muß es ablehnen, irgendeine Verantwortung für die sich etwa aus diesem Spruch ergebenden Folgerungen zu übernehmen. Sie kann diese Entscheidung nicht anerkennen, da sie mit den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht vereinbar ist. Sie widerspricht ebenso sehr dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wie den wirtschaftlichen und geographischen Notwendigkeiten des Landes. (W. T. B.)

Berlin, 15. Aug. Am 15. August wurden die im west- und ostpreußischen Abstimmungsgebiete befindlichen englischen Truppen in zwei Zügen von Allenstein und Dirschau in die Heimat abbefördert, desgl. die italienischen Truppen.

Die Entscheidung noch nicht gefallen.

Berlin, 15. Aug. Die Entscheidung über Ostpreußen ist noch nicht gefallen, steht aber unmittelbar bevor, wie sich aus einer Note der Botschafterkonferenz ergibt, in der es heißt: Im Verfolg des Friedensvertrages wird die Botschafterkonferenz Ihnen auf Grund ihrer Vollmachten durch Schreiben vom 15. August die neue Grenzlinie zwischen Deutschland und Polen im Abstimmungsgebiete bekanntgeben. Die Botschafterkonferenz bedauert, Ihnen eine derartige Mitteilung nicht eher haben machen zu können, bevor sie Ihnen nicht die Grenzlinien in dem Gebiete von Marienwerder bekanntgegeben hatte. (W. T. B.)

Ein Kronprinzenbrief.

Der „Matin" veröffentlicht einen Brief des deutschen Kronprinzen an seinen Vater aus dem Jahre 1917. Der Brief lautet:

„Es ist höchste Zeit, unsere Bilanz zu ziehen und sie mit der unserer Feinde zu vergleichen und umgehend festzustellen, über welche Mengen von Nahrungsmitteln und über welche militärischen Reserven Deutschland verfügt, sowie wie viele Waffen, Munition und sonstiges Kriegsmaterial Deutschland augenblicklich erzeugen kann. Gewiß sind wir schwächer als unsere Feinde, aber die materielle Bilanz ist nichts gegen die moralische. Der Geisteszustand unserer Deutschen ist nach den ungeheuren Opfern, die alle deutschen Familien gebracht haben, beklagenswert. Das Elend nimmt zu. Die Verzweiflung wird offen bekundet. Es ist immer sehr beunruhigend, wenn man in großen Revolutionszentren die Frauen die Hoffnung verlieren sieht. Dies ist bei den deutschen Frauen der Fall, die sonst so heldenmütig sind. Die Kindersterblichkeit wächst in erschreckendem Maße und die ansteckenden Krankheiten häufen sich. Wenn Deutschland nicht vor Ende dieses Jahres Frieden erhält, so ist die Revolutionsgefahr bevorstehend. Oesterreich befindet sich in derselben Lage, und das Leben in Oesterreich ist noch unerträglicher als in Deutschland. Kaiser Karl ist sicherlich einer unserer besten Freunde. Aber wenn er schon nur einen Weg sieht, auf dem er uns verlassen muß, so gebietet ihm die Pflicht gegen sein Volk, sich von uns zu trennen. Bulgarien und die Türkei können auch den Kampf nicht mehr fortsetzen. Die Hoffnungen, die man auf den Unterseebootkrieg gesetzt hat, waren vergeblich. Die Admiralität wiederholt unaufhörlich: In einigen Wochen werden wir gerettet sein. Lassen wir die wenigen Wochen vorübergehen und warten wir das Resultat ab. Wenn es unsere Erwartungen nicht rechtfertigt, dann trachten wir, den Frieden zu erhalten. Es handelt sich nun nicht mehr um den Sieg, um die Vergrößerung oder um den Ruhm Deutschlands. Es handelt sich um das Leben des deutschen Volkes, und es gibt nichts, was für uns ein teureres Gut sein sollte. Unsere Dynastie ist in Gefahr! Natürlich ist das für Dich und für mich ein großes Unglück. Aber das ist nichts im Vergleich zu dem Unheil, das dem deutschen Volk auferlegt ist. Sprechen wir offen. Denken wir nicht mehr an Belgien, verzichten wir auf jede Annexion, selbst im Osten. Wir müssen Unterhandlungen mit unseren Feinden herbeiführen. Ich erinnere Dich an unseren Vorfahren, Friedrich II., der durch eine Koalition besiegt wurde, dessen Name aber groß blieb in der Weltgeschichte."